

# Nur eine Einzelmeinung?

Unionspolitiker spricht sich für Einheitsgebührenordnung aus

*Mit seiner Forderung nach einem einheitlichen Vergütungssystem für den ambulanten Versorgungsbereich überrascht der CDU-Bundestagsabgeordnete Michael Hennrich die eigene Partei – und bringt die (Zahn-)Ärzeschaft gegen sich auf. Die Landesvertreter weisen seine Vorschläge zurück.*

Beim jährlichen Kassengipfel in Berlin sprach sich Hennrich zwar für die Beibehaltung des dualen Versicherungssystems in Deutschland und gegen die Einführung der Bürgerversicherung aus, allerdings müssten sich private und gesetzliche Krankenversicherung einander annähern. „Die gerechte Finanzierung des Gesundheitssystems ist ein großes Thema für die kommende Legislaturperiode. Unsere Wähler sind mit der Versorgung im Krankenhaus und mit Arzneimitteln weitgehend zufrieden. Probleme sehe ich aber im ambulanten Bereich. Mit einer Zusammenführung der Vergütungssysteme wären viele Probleme gelöst“, zitierte der Ärztenachrichtendienst den Unionspolitiker. Die Begründung lieferte das Mitglied des Gesundheitsausschusses gleich mit: Ein Nebeneinander von Einheitlichem Bewertungsmaßstab (EBM) und der Gebührenordnung für Ärzte (GOÄ) sei heute nicht mehr zeitgemäß.

## Keine einfachen Antworten

Die Reaktionen der (zahn-)ärztlichen Standespolitiker ließen nicht lange auf sich warten. Der Vorsit-



Michael Hennrich, Bundestagsabgeordneter der CDU, will EBM und GOÄ zusammenführen.

zende des Hartmannbundes, Dr. Klaus Reinhardt, erteilte Hennrichs Plänen eine klare Absage. Es sei brandgefährlich, den Menschen weismachen zu wollen, dass es auf komplexe Fragestellungen einfache Antworten gebe. „Bei allem Verständnis dafür, dass die CDU angesichts der zu erwartenden Gerechtigkeitsdebatte offensichtlich soweit wie möglich den Druck vom Kessel des Themas Bürgerversicherung nehmen möchte, darf niemand den Blick dafür verlieren, dass eine Diskussion um eine einheitliche Gebührenordnung – wenn überhaupt – nur im Rahmen einer praktikablen Einzelleistungsvergütung und sozialverträglich organisierten Kostenerstattung geführt werden kann“, sagte er. Eine einheitliche Gebührenordnung von privater und gesetzlicher Krankenversicherung auf der Basis von Honorarpauschalen, Budgets und ungesteuerter Flatrate-Mentalität der Versicherten lehne der Hartmannbund ab, hieß es in der Pressemitteilung weiter. Die sukzessive Verstaatlichung des Gesundheitssystems habe sich als patientenfeindlich und wenig leistungsfördernd erwiesen, betonte Reinhardt mit Blick auf das britische Gesundheitssystem und die „skandinavische Rationierungsmedizin“. Die Politik dürfe nicht den Fehler machen, dem sich ausbreitenden Hang zum Populismus zu verfallen. „Das gilt auch für das Thema Bürgerversicherung“, betonte der Verbandschef.

## Bürgerversicherung durch die Hintertür

Der Präsident der Bundeszahnärztekammer, Dr. Peter Engel, warnte davor, dass die Zusammenführung von EBM und GOÄ am Ende „den Einstieg in



Foto: Hartmannbund

Dr. Klaus Reinhardt, Vorsitzender des Hartmannbundes, lehnt eine einheitliche Gebührenordnung ab.



Foto: BZÄK/Lopata

Dr. Peter Engel, Präsident der Bundeszahnärztekammer, bezeichnet Hennrichs Äußerungen als „gefährlich“.



Wie geht es nach der Bundestagswahl mit der GOÄ weiter? Diese Frage beschäftigt derzeit nicht nur Ärzte, sondern auch Zahnärzte. Denn Reformen bei der ärztlichen Honorierung könnten als Blaupause für eine neue GOZ dienen.

einen Systemwechsel“ darstellen und womöglich die Einführung der Bürgerversicherung durch die Hintertür erleichtern könnte. „In Deutschland gibt es weltweit die kürzesten Wartezeiten – und im Notfall wird jeder unabhängig von seinem Versicherungsstatus sofort und qualitativ hochwertig versorgt. Unabhängig vom Einkommen haben alle Bürger freie Arztwahl und profitieren vom medizinischen Fortschritt. Damit geht es im deutschen Gesundheitswesen sozial wesentlich gerechter zu als in fast allen Staaten der Welt“, sagte er bei einem Treffen mit den CDU-Bundestagsabgeordneten Karin Maag, Dr. Mathias Edwin Höschel und Thomas Stritzl.

Engels Gesprächspartner versicherten, dass es sich bei Hennrichs Aussagen um eine in der CDU/CSU-Fraktion nicht mehrheitsfähige Einzelmeinung handle. Die CDU plane nicht, das Gesundheitssystem zum Wahlkampfthema zu machen. Ohnehin sei es „nicht sinnvoll“, auf die Ankündigung des SPD-Kanzlerkandidaten Martin Schulz durch eigene Modelle zu reagieren. Eine Gerechtigkeitsdebatte für das Gesundheitssystem entlarve sich selbst, wie die Erfahrungen mit den Terminservicestellen der Kassenärztlichen Vereinigungen zeigen, so die drei Unionspolitiker.

### **Bekennnis zum dualen System**

Auch der Generalsekretär der CDU, Dr. Peter Tauber, bekannte sich in einem Gespräch mit Spitzenvertretern der Heilberufe zum dualen Krankenversicherungssystem. Allerdings gebe es in beiden Bereichen Reformbedarf, so die einhellige Auffassung der Teilnehmer, darunter Dr. Peter Engel und der Vorsitzende des Vorstandes der Kassenzahnärztlichen Bundesvereinigung, Dr. Wolfgang Eßer.

### **Ein Testballon – oder doch mehr?**

Dennoch stellt sich die Frage, ob mehr als ein wahlkampfaktisches Manöver hinter den Aussagen von Michael Hennrich steckt. Gesundheitspolitische

Beobachter werten dessen Vorschläge bereits als Annäherung an die SPD-Pläne für den Fall, dass es in Berlin erneut zu einer Großen Koalition kommt. Dr. Peter Engel bezeichnet Hennrichs Äußerungen zur Umstrukturierung des Gesundheitssystems als „gefährlich“. Der Präsident der Bundeszahnärztekammer setzt unverändert auf maßvolle Reformen statt auf eine Radikalkur: „Für die Verbesserung des hochkomplexen Gesundheitssystems gibt es keine simplen Lösungsmodelle wie zum Beispiel die Bürgerversicherung. Beide Systeme sind zu stärken und fit zu machen für die Zukunft. Die Bürgerver(un)sicherung ist reiner Wahlkampf-Populismus.“

### **An Grundprinzipien festhalten**

Ähnlich positioniert sich der Präsident der Bayerischen Landes Zahnärztekammer, Christian Berger. Für ihn sind die freie Wahl von Arzt und Krankenversicherung „Grundprinzipien des Gesundheitssystems“, an denen auch nach der Bundestagswahl nicht gerüttelt werden dürfe. In der System-Debatte hat Berger ebenfalls eine klare Meinung: „Wir müssen eine Einheitsversicherung mit all ihren negativen Auswirkungen, zum Beispiel auf die Innovationsfähigkeit des Gesundheitswesens, verhindern.“

Thomas A. Seehuber



Dr. Peter Tauber, Generalsekretär der CDU, will am dualen Krankenversicherungssystem festhalten.



Christian Berger, Präsident der Bayerischen Landes Zahnärztekammer, spricht sich gegen eine Einheitsversicherung aus.